

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1870 bis 1948

Band 11

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Politische und wirtschaftliche Entmündigung Deutschlands

Band 11/120

Die "Stunde Null": Deutschland während der Nachkriegszeit, Teil 3

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa

Gebietsforderungen, "Bevölkerungsumsiedlungen" und Aufteilungspläne Deutschlands

Im Dezember 1938 erörterten Dr. Benesch, Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung, und der spätere Minister Ripka erstmalig die Ausweisung der Sudetendeutschen, die nach dem Kriegsende erfolgen sollte (x025/95).

Der polnische Exil-Ministerpräsident General Sikorski verkündete am 19. November 1939 bei einer Pressekonferenz in London (x039/225): >>... Großbritannien und Frankreich stimmen zu, daß Polen in erster Linie eine längere Meeresküste, als sie ihm im Versailler Vertrag zugestanden worden sei, benötige.<<

Die polnische Exilregierung rief am 20. Dezember 1939 zur Befreiung Polens auf und verlangte gleichzeitig "neue polnische Grenzen", die die künftige Sicherheit Polens gewährleisten und einen unmittelbaren, breiten Zugang zum Meer berücksichtigten (x064/159).

Churchill versicherte der NS-Führung am 9. Februar 1940 (x024/111): >>Wir lehnen jeden Versuch von außen ab, Deutschland zu zerstückeln. Wir sind nicht auf Demütigung oder Verstümmelung ihres Landes aus. Wir wünschen aus ganzem Herzen, Sie ohne Verzögerung in die friedliche Zusammenarbeit zivilisierter Nationen einzubeziehen.<<

Der Exilpolitiker Benesch schrieb am 18. November 1940 in einem Bericht für die tschechische Widerstandsbewegung, daß man nicht "naiverweise" annehmen dürfe, "drei Millionen Deutsche zu vernichten oder auszutreiben"; die Umsiedlung von einer Million Sudetendeutschen wäre schon ein "ungeheurer Erfolg und eine starke Sicherung unseres Staates" (x020/061).

In Chicago veröffentlichte die exilpolnische Zeitung "Zwiazkowy" am 3. Dezember 1940 polnische Gebietsforderungen (x039/225): >>... Die Westgrenze Polens muß eine Linie bilden, die zumindest etliche 10 km westlich der unteren Oder und dann hin zum Erzgebirge verläuft.<<

Der CSR-Politiker Ripka erklärte am 17. Mai 1941 während einer Rede in Manchester (x159/15): >>... Wir hoffen, daß dieser Krieg die Möglichkeit dazu geben wird, die Frage der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei ein für allemal zu lösen. ...

Es wird notwendig werden, mit allen hierzu geeigneten Mitteln – einschließlich einer eventuellen organisierten Anwendung des Prinzips des Bevölkerungstransfers – Deutschland daran zu hindern, seine nationalen Minderheiten für seine großdeutschen Ziele zu mißbrauchen.<<

In London zitierten die "Sozialistischen Nachrichten" am 16. Juli 1941 den CSR-Politiker Ripka (x004/39): >>Es wird notwendig sein, mit allen angemessenen Mitteln, evtl. auch durch eine organisierte Anwendung des Prinzips der Umsiedlung von Bevölkerungen, Deutschland an dem Mißbrauch seiner nationalen Minoritäten für seine pangermanischen Ziele zu hindern.

...<<

In London verlangte die polnische Exilregierung am 24. September 1941 einen breiten Zugang zur Ostsee, um die wirtschaftliche Entfaltung Polens zu sichern (x039/226).

Exilpräsident Benesch forderte im September 1941 in London öffentlich die Ausweisung der Sudetendeutschen (x024/107): >>... Wenn die Frage sorgfältig erwogen und rechtzeitig gründlich vorbereitet wird, kann die Übersiedlung schonend und unter angemessenen, humanen Bedingungen durchgeführt werden, und zwar unter internationaler Überwachung und mit internationaler Unterstützung.<<

Der britische Außenminister Eden verhandelte in Moskau vom 16. bis zum 20. Dezember 1941 über die europäischen Nachkriegsgrenzen. Stalin und Molotow verlangten am 16. Dezember 1941 die Abtretung Ostpreußens an Polen (x039/226). Die Curzon-Linie sollte die Grundlage für eine zukünftige sowjetisch-polnische Grenze bilden (Bestätigung der sowjetischen Grenzen vom 22.06.1941). Außerdem schlug Stalin die Wiederherstellung Österreichs und eine Aufteilung des Deutschen Reiches vor (x041/123). Ferner sollten das Rheinland und Bayern abgetrennt, Teile Ostpreußens an Polen abgetreten und das Sudetenland an die Tschechoslowakei zurückgegeben werden.

Churchill erklärte gegenüber Außenminister Eden am 8. Januar 1942, daß die Briten keine voreiligen Grenzverschiebungen akzeptieren würden (x028/209): >>... Doch keine britische Regierung, an deren Spitze ich stehe, darf einen Zweifel offen lassen, daß sie sich an die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie gebunden erachtet, die in der Atlantik-Charta niedergelegt sind, und daß diese Grundsätze ganz besondere Geltung haben, wenn Fragen territorialer Verschiebungen zur Debatte stehen.

Meine Auffassung geht deshalb dahin, den Russen mitzuteilen, daß alle Grenzfragen der Entscheidung einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müssen.<<

In einer Studie des britischen Außenministeriums wurde am 20. Februar 1942 die Abtretung von sudetendeutschen Gebieten - mit einer deutschen Bevölkerung von rund 500.000 - vorgeschlagen, um den deutschen Bevölkerungsanteil in der Tschechoslowakei zu verringern.

Da US-Präsident Roosevelt Stalins Gebietsforderungen ablehnte, weigerte sich am 26. Mai 1942 auch die britische Regierung, Stalins Pläne zu akzeptieren (x041/123). Der sowjetisch-britische Bündnisvertrag (Laufzeit: 20 Jahre) wurde jedoch trotzdem abgeschlossen.

Exilpräsident Benesch forderte am 5. Juni 1942, die "sudetendeutsche Frage" endgültig zu klären (x025/95): >>... Ein weiteres und ein brennendes Problem ist, wie wir die Deutschen loswerden sollen. Selbst glaube ich, daß es möglich sein wird, sich etwa 2 Millionen Deutscher zu entledigen. Das Problem wird sehr schwer sein. Am besten wird sein, es via facti (militärisch) zu erledigen, sonst durch Übereinkommen. Alle jungen Deutschen bis zu einem bestimmten Alter müssen weg ...<<

Der exil-tschechoslowakische Außenminister Jan Masaryk verlangte ebenfalls am 5. Juni 1942, daß die Sudetendeutschen ausgewiesen werden sollen (x039/226).

Der britische Außenminister Eden billigte am 7. Juli 1942 das "Vertreibungsprogramm der Tschechen".

Exilpräsident Benesch wurde danach von Eden informiert (x151/05): >>... (daß) seine Kollegen mit dem Prinzip der Umsiedlungen einverstanden seien. ...<<

Das britische War Cabinet schlug am 7. Juli 1942 vor, die deutschen Minderheiten nach dem Krieg aus Ost- und Südosteuropa zu "transferieren" (x020/55): >>... dort wo es notwendig und wünschenswert erscheint ...<<

Außenminister Eden beauftragte anschließend das britische Foreign Office mit der Ausarbeitung von "Umsiedlungsplänen". Die britischen Experten ermittelten später eine Zahl von maximal 7,0 Millionen Ostdeutschen, die im Westen aufgenommen werden könnten.

Angesichts der aggressiven Vertreibungspläne erwarteten die sudetendeutschen Exilpolitiker

gewaltsame Vertreibungen. Sie übergaben dem britischen Foreign Office am 8. August 1942 eine Protestnote.

Im September 1942 teilte die britische Regierung der tschechischen Exilregierung in London offiziell mit, daß sie eine Ausweisung der Sudetendeutschen grundsätzlich akzeptieren könnte (x039/226).

Die polnische Exilregierung verabschiedete am 17. Oktober 1942 in London einen Beschluß über die Bestrafung der in Polen begangenen deutschen Kriegsverbrechen (x044/191): >>Handlungen, die den Tod, Qualen, Deportationen oder Bevölkerungsumsiedlungen bewirkt haben, werden mit lebenslänglicher Haft oder mit dem Tode bestraft ...<<

Dr. Benesch erklärte am 13. November 1942 vor dem tschechischen Exilstaatsrat, daß ein größerer oder kleinerer Teil der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei verbleiben sollte (x004/43).

Während eines Vortrages in England (Universität Manchester) informierte Dr. Benesch am 5. Dezember 1942 über die geplante Ausweisung der Sudetendeutschen (x028/55): >>... Umsiedlungen sind eine schmerzhaft Operation. Sie führen zu vielen kleineren Ungerechtigkeiten. Die Verfasser der Friedensregelung können sich nur dann einverstanden erklären, wenn die Umsiedlungen human organisiert und international finanziert werden.<<

Bei Verhandlungen mit US-Präsident Roosevelt forderte Polens Exilpräsident Sikorski am 6. Dezember 1942 in Washington die Oder-Neiße-Linie, mit Stettin, als natürliche polnische Sicherheitslinie (x039/226).

Während einer Pressekonferenz in Chicago verlangte Polens Exilpräsident Sikorski am 18. Dezember 1942 große Teile der deutschen Ostgebiete (x039/226): >>... Erweiterten Zugang zur Ostsee, deutsche Grenzgebiete im Westen Polens sowie polnische Besetzung aller deutschen Gebiete östlich der Oder.<<

In einem Memorandum forderte die polnische Exilregierung im Dezember 1942 eine polnische Grenze an der Oder und Neiße sowie eine wesentlich breitere Ostseeküste. Außerdem verlangten die Polen Ostpreußen, das Gebiet der Freien Stadt Danzig und den Rest Oberschlesiens (x035/330).

Die US-Regierung legte am 1. März 1943 den Entwurf eines Friedensvertrages für das Deutsche Reich vor.

Im Artikel 3 dieses Friedensvertrages hieß es (x033/347): >>Die Grenzen Deutschlands sind diejenigen vom 30. Januar 1933. Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche auf Gebiete, die seit diesem Zeitpunkt erworben wurden; ohne Ausnahme kehren diese in ihre früheren Staatsverbände zurück. ...<<

Der US-Sonderbeauftragte Harry Hopkins berichtete am 15. März 1943 über eine Besprechung mit US-Präsident Roosevelt und Außenminister Eden (x028/32-33,62): >>Der Präsident sagte, er glaube, wir sollten Anordnungen treffen, um die Preußen aus Ostpreußen auf die gleiche Weise zu entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden; wenn es sich auch um eine harte Maßnahme handelt, ist es doch der einzige Weg, den Frieden zu bewahren, und den Preußen kann man auf keinen Fall trauen. ...<<

>>... Polen will Ostpreußen haben und der Präsident und Eden sind beide der Meinung, Polen soll es erhalten. Eden sagte, die Russen sind insgeheim einverstanden, aber nicht bereit, ihre Zustimmung den Polen mitzuteilen, weil sie es als ein Handelsobjekt für die Friedenskonferenz sähen. ...<<

Exilpräsident Dr. Benesch sprach im März 1943 mit dem sowjetischen Botschafter über die "Umsiedlung" von radikalen Sudetendeutschen. Die sowjetische Delegation gab damals keine verbindliche Stellungnahme ab, da man noch keine Vereinbarungen mit den westlichen Alliierten getroffen hätte.

Während eines Gespräches zwischen US-Präsident Roosevelt und Dr. Benesch behauptete

Benesch am 12. Mai 1943, daß Stalin mit der Vertreibung der Sudetendeutschen einverstanden wäre. Der nordamerikanische Präsident billigte zwar die von Benesch geplanten "Umsiedlungsmaßnahmen", gab damals aber noch keine verbindliche Ausweisungszustimmung ab (x020/62).

Bei seinem Staatsbesuch in Washington bemühte sich Dr. Benesch am 7. Juni 1943, die Sowjetunion und Stalin als vertrauensvolle Bündnispartner darzustellen. US-Präsident Roosevelt stimmte während des Treffens angeblich der Umsiedlung - von Teilen der sudetendeutschen Bevölkerung - zu. Alle aktiven nationalsozialistischen und "großdeutsch" gesinnten Elemente der Volksdeutschen sollten demnach radikal umgesiedelt werden (x028/31). Für seine "Bemühungen und Lobreden" erhielt Benesch einige Tage später die sowjetische "Vertreibungszustimmung".

In Moskau forderte der kommunistische "Verband Polnischer Patrioten" am 28. Juni 1943 die Abtretung von Westpreußen, Danzig und Oberschlesien (x040/174).

Exilpräsident Benesch forderte die Tschechoslowaken am 27. Oktober 1943 während einer Rundfunkbotschaft zur Rache an den Deutschen auf (x004/50-51): >>... In unserem Land wird das Ende des Krieges mit Blut geschrieben werden. Den Deutschen wird alles erbarmungslos und vielfach zurückgeben werden, was sie in unserem Land verbrochen haben. ... In unserem Land wird gnadenlos und mit doppelter Münze heimgezahlt werden, was sie in unserem Land seit 1938 angerichtet haben. ...<<

Die Außenminister Eden, Großbritannien, Hull, USA, und Molotow, UdSSR, beendeten in Moskau am 30. Oktober 1943 ihre sogenannten "Nachkriegsplanungen" (x040/189). Sie vereinbarten z.B. die Wiederherstellung Österreichs in den Grenzen von 1937 und die Verurteilung der deutschen und japanischen Kriegsverbrecher. Ferner beschloß man die Abtrennung Ostpreußens, denn Stalin sollte nicht vorzeitig aus dem Zweiten Weltkrieg "aussteigen".

US-Präsident Roosevelt stimmte am 5. Dezember 1943 der Absicht des tschechischen Exilpolitikers Benesch zu, die Sudetendeutschen auszuweisen.

Die tschechische Exilregierung schloß am 12. Dezember 1943 mit der UdSSR einen Freundschafts- und Beistandspakt (x004/49). Dieser Pakt regelte auch die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Rote Armee und die tschechisch-sowjetischen Beziehungen für die Zeit nach dem Kriegsende.

Mit diesem Vertrag wurde die kommunistische Ostrichtung der Tschechen abgeschlossen und die jahrzehntelange Unterordnung der Tschechoslowakei besiegelt. Während der Vertragsverhandlungen unterhielten sich Dr. Benesch und der sowjetische Außenminister Molotow auch ausführlich über das "sudetendeutsche Problem". Dr. Benesch erklärte im Verlauf dieser Unterhaltung, daß die CSR eine Totalaustreibung, wenigstens aber die Vertreibung von 2/3 der sudetendeutschen Volksgruppe, durchsetzen würde (x020/63).

Premierminister Churchill berichtete am 15. Dezember 1943 vor dem britischen Unterhaus über die geplante "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen (x149/108): >>... Wir befürworten die völlige Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt, denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Falle Elsaß-Lothringen.

Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.<<

In Moskau wurde am 11. Januar 1944 die Wiedererrichtung Polens verkündet. Die Sowjets forderten einen "starken, unabhängigen polnischen Staat auf der territorialen Grundlage der Curzon-Linie" und ... "Rückgabe von Ländern an Polen, die ihm seit undenklichen Zeiten gehörten ... und von den Deutschen entrissen worden sind" (x040/198).

Die Briten legten am 15. Januar 1944 in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof.

Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmte die UdSSR dem britischen Plan am 18.02.1944 zu. US-Präsident Roosevelt erteilte die Zustimmung am 1.06.1944.

Churchill informierte am 22. Januar 1944 den Ministerpräsident der antikommunistischen polnischen Exilregierung, Stanislaw Mikolajczyk, über die Ergebnisse der Konferenz von Teheran (x039/227): >>... Im Westen werden 7 Millionen Deutsche, die zwischen der deutsch-polnischen Grenze und der Oder leben, in das "eigentliche Deutschland" ausgewiesen.<<

Das britische Foreign Office berichtete Anfang 1944, daß die Deutschen in den von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten einer unerfreulichen Zeit entgegengehen dürften, was das Problem der Umsiedlung insofern aber vereinfachen könnte, da sehr viele fliehen, die Vertreibungsgebiete also freiwillig verlassen würden (x020/57).

Dr. Benesch erläuterte am 3. Februar 1944 vor dem britischen Staatsrat in London den tschechischen "Zehn-Punkte-Plan".

Dr. Benesch, Chef der tschechischen Exilregierung, kündigte am 3. Februar 1944 auch Gewalttaten an (x004/51): >>... Der Umsturz in der CSR muß gewaltsam, muß eine gewaltige Volksabrechnung mit den Deutschen und den faschistischen Gewalttätern, ein blutiger, unbarmherziger Kampf sein.<<

Churchill informierte am 22. Februar 1944 das britische Unterhaus (x039/227): >>... daß Polen im Norden und Westen zu Lasten Deutschlands Kompensationen erhalten werde, daß die Atlantik-Charta auf Deutschland keine Anwendung findet und daher Gebietsübertragungen und Grenzberichtigungen zu Lasten des Feindeslandes zulässig sind.<<

Anthony Eden erklärte am 23. Februar 1944 in einer Rede vor dem britischen Unterhaus (x028/248): >>... Gewisse Teile der Atlantik-Charta beziehen sich sowohl auf Sieger als auch Besiegte, so z.B. Artikel vier.

Wir können aber nicht zugeben, daß Deutschland von Rechts wegen Anspruch darauf erheben kann, daß irgendein Teil der Charta auf Deutschland Anwendung finde.<<

Der Earl of Mansfield und weitere Redner warnten am 8. März 1944 während einer britischen Oberhausdebatte vor übereilten Massendeportationen (x028/109): >>... Wenn die Umsiedlung von Griechen und Türken ungefähr 6 Jahre dauerte, kann es durchaus sein, daß die Umsiedlung der Deutschen 20 Jahre oder noch länger in Anspruch nehmen wird. Es ist jedenfalls eine Angelegenheit, die nicht übereilt werden darf.<<

Ferner wurde der ehemalige britische Außenminister Lord Curzon zitiert (x028/34): >>(Gewaltsame Bevölkerungsumsiedlungen sind) durch und durch schlechte, verwerfliche Lösungen, für welche die Welt in den nächsten 100 Jahren schwer büßen wird. ...<<

Mikolajczyk schrieb am 18. März 1944 an US-Präsident Roosevelt. Er weigerte sich, Ostpolen abzutreten, weil man die Folgen der Ausweisung der Deutschen und deren Rückkehr fürchtete (x039/227).

US-Außenminister Cordell Hull wies am 23. März 1944 nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die Atlantik-Charta auch für Deutschland Anwendung finden sollte (x063/596).

Churchill erklärte am 24. Mai 1944 vor dem britischen Unterhaus (x028/61,248): >>Es ist keine Rede davon, daß sich Deutschland auf irgendwelche Garantien gegen territoriale Veränderungen berufen könnte, falls es den Anschein hat, daß solche Veränderungen den Frieden in Europa sicherer und dauerhafter machen. ...<<

>>... Die Atlantik-Charta bindet uns in keiner Weise hinsichtlich der Zukunft Deutschlands, noch stellt sie ein Geschäft oder einen Kontrakt mit unseren Feinden dar.<<

Im britischen Unterhaus bezeichnete Eden am 12. Juli 1944 die Vereinbarung über die polnische Ostgrenze (Konferenz von Teheran: 28.11. bis zum 1.12.1943) als nicht endgültig

(x039/227).

Ein Ausschuß des US-Außenministeriums formulierte am 18. Juli 1944 "Empfehlungen und Nachkriegsprogramme" (x150/6): >>... Die Vereinigten Staaten erkennen an, daß die Behandlung von Minderheiten in der Tschechoslowakei in erster Linie ein internes Problem ist; sie verfolgen aber mit Interesse die Pläne der tschechoslowakischen Regierung, eine stabilere Situation bezüglich ihrer Minderheiten zu schaffen.<<

Am 22. Juli 1944 veröffentlichte das kommunistische Lubliner Komitee das "Manifest der Nationalen Befreiung" (x003/1-7): >>An das polnische Volk! ...

Brüder!

Die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Die polnische Armee hat an der Seite der Roten Armee den Bug überschritten. ... Über dem gequälten Polen wehen wieder weiß-rote Fahnen. Das polnische Volk grüßt die Soldaten der Volksarmee, die sich mit den Soldaten der Polnischen Armee in der UdSSR vereint haben. ...

Durch ganz Polen geht ihr Marsch, um Rache an den Deutschen zu üben, solange bis die polnischen Fahnen in den Straßen der Hauptstadt des dreisten Preußentums, in den Straßen Berlins gehißt werden. ...

Die Stunde ist gekommen um die Leiden und Qualen, die verbrannten Dörfer und vernichteten Städte, die zerstörten Kirchen und Schulen, die Treibjagden auf Menschen, die Lager und Erschießungen, Auschwitz, Majdanek, Treblinka und die Vernichtung des Gettos, an den Deutschen zu vergelten. ...

Brüder! ...

Die Rote Armee ist als Befreiungsarmee in Polen einmarschiert. ...

Ergreift die Waffen! Schlagt die Deutschen, wo immer ihr sie trefft! ... Erteilt den polnischen und sowjetischen Soldaten Auskünfte und helft ihnen! ...

Auf zum Kampf um die Freiheit Polens, um die Rückkehr des alten polnischen Pommern und des Opper Schlesiens zum Mutterland, um Ostpreußen und einen breiten Zugang zum Meer, um polnische Grenzpfähle an der Oder! ...

Aufgabe der unabhängigen polnischen Gerichte wird es sein, eine rasche Rechtspflege zu garantieren. Kein deutscher Kriegsverbrecher, kein Volksverräter darf der Strafe entgehen! ...

Faschistische und antinationale Organisationen werden daher mit der ganzen Schärfe des Rechts ausgerottet.

... Die deutschen Vermögen werden konfisziert. Den bestialisch vom Okkupanten verfolgten Juden werden der Wiederaufbau ihrer Existenz sowie rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung zugesichert. ...

Um den Wiederaufbau des Landes zu beschleunigen und den uralten Drang der polnischen Landbevölkerung zum Eigentum an Grund und Boden zu befriedigen, wird das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung in den bereits befreiten Gebieten sofort mit der Durchführung einer umfassenden Bodenreform beginnen. ...

Die Befreiung Polens, der Wiederaufbau des Staates, die siegreiche Beendigung des Krieges, die Erringung eines für Polen würdigen Platzes in der Welt, der Beginn des Wiederaufbaus des zerstörten Landes - dies sind unsere Hauptaufgaben.

Brüder!

Das polnische Komitee der Nationalen Befreiung ruft auf: Alles für die schnellste Befreiung des Landes und die Vernichtung der Deutschen! ...

Auf zum Kampf! Ergreift die Waffen!

Es lebe das vereinte um Polens Freiheit kämpfende Polnische Heer! Es lebe die Polen Befreiung bringende verbündete Rote Armee! Es leben unsere großen Verbündeten - die Sowjetunion, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika!

Es lebe die nationale Freiheit!

... Es lebe das freie, starke, unabhängige, souveräne und demokratische Polen!<<

Der 22. Juli wurde später polnischer Nationalfeiertag!

Stalin und das kommunistische Lubliner Komitee schlossen am 26. Juli 1944 einen Bündnisvertrag und ein Geheimabkommen über die zukünftigen Grenzen (x001/123E). Nachdem die "Lubliner Polen" die vorgeschlagenen sowjetisch-polnischen Grenzen - einschließlich der Abtretung des nördlichen Ostpreußen - an die UdSSR akzeptierten, verpflichtete sich die Sowjetregierung, nach dem Kriegsende die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze durchzusetzen.

Das polnische Komitee für die nationale Befreiung schloß mit der UdSSR außerdem am 26. Juli 1944 ein Abkommen über die Befreiung Polens (x039/227).

Stalin forderte Mikolajczyk am 3. August 1944 in Moskau auf, die Curzon-Linie anzuerkennen. Als Gegenleistung versprach Stalin, die Oder-Linie als polnische Grenze - einschließlich Breslau, Stettin und Teile Ostpreußens - durchzusetzen. Stalin erwähnte außerdem die Ausweisung der gesamten deutschen Bevölkerung. Mikolajczyk lehnte Stalins Vorschläge jedoch ab (x039/227).

Im US-Grundsatzpapier vom 5. August 1944 hieß es, daß die Vertreibung der Deutschen aus dem neuen polnischen Staat und aus anderen ost- und südosteuropäischen Staaten gewiß zu deren innerer Stabilität beitragen würde, da sich die Minderheiten dort in der jüngsten Vergangenheit als "Vorhut nationalsozialistischer Penetration" erwiesen hätten und in diesen Ländern ein wohlbegründeter Groll gegen die Deutschen bestehe. Ein pauschaler Massentransfer sei trotzdem abzulehnen, weil dadurch eine zu große Belastung des von den Alliierten besetzten Deutschland entstehen würde. Die USA sollten sich deshalb um eine international überwachte selektive Aussiedlung bemühen (x020/58).

Churchill meinte am 26. August 1944 während einer Unterhaltung mit dem polnischen General Anders (x039/227): >>In Deutschland sei genügend Platz für die zu vertreibenden Deutschen. ...<<

Der PKWN-Vorsitzende Osobka-Morawski forderte am 28. August 1944 in Moskau die Oder und die Neiße als Grenze Polens (x039/227).

Osobka-Morawski, ein führendes Mitglied der polnischen PKWN-Regierung, erklärte am 30. August 1944 während einer Presseerklärung in England (x001/139E): >>... Es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt (Verwaltungsübernahme durch Polen) bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.<<

Henri Morgenthau forderte während der Konferenz in Quebec vom 11. bis zum 16.09.1944 die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR sowie an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschloß am 31. August 1944 ein Dekret über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrecher, die der Tötung und der Mißhandlung von Zivilpersonen und Kriegsgefangenen schuldig sind, sowie für Verräter des polnischen Volkes (x003/8-9).

Das Dekret vom 31. August 1944 bildete später die Grundlage für die polnischen Massenverhaftungen in den Reichsgebieten östlich der Oder und Neiße und in dem Gebiet der Freien Stadt Danzig (x010/35).

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erließ am 12. September 1944 ein Dekret über die Errichtung von Sonderstrafgerichten für die Taten der faschistisch-hitleristischen Verbrecher (x003/10-12).

Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichneten am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).

Stalin, Churchill und Eden sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter" einigten sich in

Moskau vom 9. bis zum 20. Oktober 1944 über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72). Die zukünftige polnische Westgrenze sollte entlang der Oder verlaufen. Bulgarien, Rumänien und die Hälfte Jugoslawiens sowie Ungarns sollten Einflußgebiete der UdSSR werden (x040/241).

Churchill berichtete später über die Festlegung der polnischen Westgrenze und die Zuordnung der südosteuropäischen Gebiete (x106/376): >>... Ich schob den Zettel mit meinen Vorschlägen Stalin zu. ... Eine kleine Pause trat ein. Dann ergriff er einen Bleistift, machte einen großen Haken und schob uns das Blatt wieder zu. Die ganze Sache beanspruchte nicht mehr Zeit, als sie zu schildern. ... Das Papier lag in der Mitte des Tisches:

"Könnte es nicht für äußerst zynisch gehalten werden, wenn wir den Anschein erweckten, über die für Millionen Menschen so gravierenden Schicksalsfragen aus dem Stegreif entschieden zu haben?

Lassen Sie uns das Papier verbrennen." – "Nein, heben Sie es auf", antwortete Stalin.<<

Der tschechische Exilpolitiker Ripka berichtete am 31. Oktober 1944 in London vor internationalen Pressekorrespondenten (x004/43): >>... Ich selbst glaube, daß die Zahl der Deutschen, die sich nicht schlecht verhalten haben und denen man ohne Befürchtungen ... die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit anerkennen kann, etwa 800.000 vielleicht 1 Million betragen wird. ...<<

Dr. Benesch erklärte am 31. Oktober 1944 in einer US-Zeitschrift ... zur Problematik der sudetendeutschen Frage (x004/45): >>... daß die Fortführung der Minoritätenpolitik alten Stils nicht mehr möglich sei, wenn diese von einem imperialistischen Staat mißbraucht würde, um eine Expansion voranzutreiben.

Die Tschechoslowakei müsse daher den "Transfer" der größtmöglichen Zahl ihrer deutschen Bewohner ins Auge fassen, allerdings ohne das Heimatrecht (the right of domicile) irgend jemand zu bestreiten, der der Republik die Treue bewahrt habe.<<

Das britische Foreign Office ... schrieb am 2. November 1944 an den exil-polnischen Außenminister T. Romer (x039/227): >>... England unterstützt Veränderung der Westgrenze Polens, auch wenn USA sie ablehnen; England hält polnische Grenze an der Oder einschließlich Stettin für richtig.<<

General Ingr - Befehlshaber der tschechischen Streitkräfte im Ausland - rief am 3. November 1944 über den Londoner Rundfunk zur Rache auf (x046/278): >>... Wenn unser Tag kommt, wird die ganze Nation dem alten Kriegsruf der Hussiten folgen: Schlagt sie, tötet sie, laßt niemanden am Leben!

Jedermann sollte sich bereits jetzt nach der bestmöglichen Waffe umsehen, die die Deutschen am stärksten trifft.

Wenn keine Feuerwaffe zur Hand ist, sollte man irgendeine sonstige Waffe vorbereiten und verstecken – eine Waffe, die schneidet oder sticht oder trifft.<<

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" beschloß am 4. November 1944 ein Dekret über Sicherungsmaßnahmen gegenüber Volksverrätern (x003/17-18). Aufgrund dieses Dekrets galten grundsätzlich alle Deutschen, einschließlich Kinder ab dem 13. Lebensjahr, die in Volkspolen wohnten, als "Verräter der Nation", wenn sie während der deutschen Besatzungszeit die Zugehörigkeit zur deutschen Nation oder zur deutschen Abstammung erklärt hatten. Sämtliche deutschstämmigen Polen, die z.B. deutsche Ausweise der Volksliste 1-4 besaßen, wurden generell als Volksverräter und Kollaborateure eingestuft. Das Dekret legalisierte auch die späteren Massenverhaftungen aller ansässigen Deutschen in Zentralpolen und in den westpolnischen Gebieten (x010/35).

US-Präsident Roosevelt schrieb am 17. November 1944 an die polnische Exilregierung (x028/33): >>... Wenn Polens Regierung und Volk im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung des polnischen Staates wünschen, Umsiedlungen in das und aus dem polnischen Ge-

biet vorzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und, so weit möglich, die Umsiedlung erleichtern.<<

Die tschechische Exilregierung legte den Nordamerikanern und Briten am 23. November 1944 erstmalig exakte Vertreibungspläne vor. Etwa 2/3 der "deutschen Minderheit" sollte die CSR verlassen. Die "Abschiebung" der deutschen und ungarischen Volksgruppen wollte man innerhalb von 2 Jahren durchführen. Die nordamerikanischen und britischen Regierungsvertreter nahmen diese konkreten Pläne ohne jegliche Widersprüche entgegen und baten nur, keine voreiligen Maßnahmen einzuleiten (x020/64-65).

Mikolajczyk mußte am 24. November 1944 zurücktreten, weil er die Curzon-Linie nicht als polnische Ostgrenze akzeptieren wollte (x106/308).

Thomasz Arciszewski bildete anschließend ein neues polnisches Exilkabinett. Diese polnische Exilregierung verlor später vor allem wegen Ablehnung der strittigen sowjetisch-polnischen Ostgrenze die anglo-amerikanische Unterstützung.

Eine nordamerikanische Journalistin berichtete am 28. November 1944 über ein Gespräch mit dem tschechischen Exilminister Stransky (x025/89): >>... Stransky ... glaubt, die Verhältnisse im Sudetenland nach dem Waffenstillstand würden derartige sein, daß sich das deutsche Problem zum guten Teil ohne Transfer von selber lösen wird. Die sudetendeutsche Bevölkerung würde sogar ohne offiziellen Transfer drastisch reduziert werden. ...

Es wird ein schreckliches Elend geben. Es wird daher erwartet, daß es in der ersten Periode nach der Befreiung im Sudetenland eine sehr hohe Sterblichkeit geben wird.<<

Der provisorische französische Regierungschef De Gaulle und der französische Außenminister Bidault schlossen am 10. Dezember 1944 in Moskau einen französisch-sowjetischen Bündnisvertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren.

Da de Gaulle die Anerkennung des kommunistischen Lubliner Komitees ablehnte, verweigerte Stalin die von Frankreich geforderte Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes. De Gaulle stimmte aber der Oder-Neiße-Linie zu und akzeptierte damit, daß Ostpreußen, Schlesien, Ostpommern und Ostbrandenburg an Polen fallen sollten (x041/136).

Vor dem britischen Unterhaus billigte Churchill am 15. Dezember 1944 eine Ausweitung der polnischen Grenzen nach Westen - mit einer Ostseeküste von 200 Meilen - und die totale Austreibung dieser Deutschen (x024/105): >>... Die Umsiedlung von mehreren Millionen Menschen müßte von Osten nach dem Westen oder Norden durchgeführt werden, ebenso die Vertreibung der Deutschen - denn das wurde vorgeschlagen: völlige Vertreibung der Deutschen - aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt.

Denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Fall Elsaß-Lothringen. Reiner Tisch wird gemacht werden.

Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor. ... Ich sehe auch nicht ein, warum in Deutschland kein Platz für die Bevölkerung Ostpreußens und der anderen von mir erwähnten Gebiete sein sollte.<<

Einige britische Abgeordnete protestieren vergeblich gegen diese völkerrechtswidrigen Massenvertreibungspläne.

Tomasz Arciszewski, Ministerpräsident der polnischen Exilregierung) antwortete Churchill am 17. Dezember 1944. Er verlangte Ostpreußen, Oberschlesien und Teile von Pommern für Polen, wünschte jedoch weder Breslau noch Stettin und keine Westgrenze, die 8 bis 10 Millionen Deutsche in Polen lassen würde (x039/227).

Arciszewski erklärte später in einem Bericht der britischen Wochenzeitung "The Sunday Times" (x035/331): >>... Wir wollen die Grenze nicht so weit nach Westen ausdehnen, daß wir

bis 10 Millionen Deutsche aufnehmen müssen. Wir wollen Breslau und Stettin nicht.<<

Das kommunistische Lubliner Komitee veröffentlichte am 18. Dezember 1944 in der "Prawda" die bisher umfangreichsten Gebietsforderungen (x024/116). Mit Breslau und Stettin forderte man sogar große Gebiete westlich der Oder, die spätere Oder-Neiße-Linie. Stalin unterstützte diese polnischen Gebietsansprüche.

US-Außenminister Stettinius, Nachfolger von Cordell Hull, erklärte am 18. Dezember 1944, daß die nordamerikanische Regierung alle Grenzregelungen bis zum Kriegsende vertagen würde (x040/254).

Stettinius erklärte jedoch bereits am 18. Dezember 1944 in einer offiziellen Mitteilung (x028/33): >>Wenn Regierung und Volk von Polen beschließen, im Interesse des polnischen Staates nationale Gruppen umzusiedeln, wird die Regierung der Vereinigten Staaten in Zusammenarbeit mit anderen Regierungen Polen nach Möglichkeit dabei unterstützen. ...<<

Außenminister Bidault bestätigte am 21. Dezember 1944, daß die französische Regierung mit der geplanten Abtretung der preußischen Provinzen Ostpreußen, Ostpommern und Schlesien einverstanden wäre (x040/254).

Dr. Benesch erklärte während einer Rundfunkrede in London im Jahre 1944 (x028/40): >>... Wir müssen uns all der Deutschen entledigen, die 1938 dem tschechoslowakischen Staat den Dolch in den Rücken gestoßen haben.<<

Das kommunistische Lubliner Komitee übernahm am 1. Januar 1945 in Polen die provisorische Regierung und wurde 2 Tage später durch die UdSSR anerkannt (x040/257).

Vor der Krim-Konferenz berichtete die US-Delegation am 12. Januar 1945 über "begrenzte, geregelte Umsiedlungsaktionen" (x020/58): >>Wir glauben nicht, daß es für die Vereinigten Staaten tunlich wäre, sich solchen allgemeinen Transfers zu widersetzen, falls darauf von den tschechischen und polnischen Regierungen, die die Unterstützung der britischen und sowjetischen Regierungen haben, bestanden wird. ...<<

Das US-Außenministerium schlug damals folgende Aufteilung der deutschen Ostgebiete vor (x039/227): Nordostpreußen an Rußland, Restostpreußen, Danzig und die Nordostspitze Pommerns sowie Regierungsbezirk Oberschlesien an Polen.

Die ehemalige Lubliner Exilregierung traf am 18. Januar 1945 in Warschau ein und übernahm die politische Führung Polens (x040/261).

In einer Sitzung des "War-Cabinets" stellte Churchill am 26. Januar 1945 fest, daß eine Umsiedlung von 5-6 Millionen Deutschen, bereits keine Kleinigkeit sei, die Aussiedlung von 8 bis 9 Millionen Menschen dagegen wäre völlig undurchführbar (x020/58).

Am 1. Februar 1945 einigten sich Außenminister Stettinius und Eden während der nordamerikanisch-britischen Vorbesprechung in Jalta, zunächst keine sowjetisch-polnischen Grenzforderungen (Görlitzer Neiße) anzuerkennen (x028/72-73): >>... Schon die Grenze am Oderverlauf würde Polens Aufnahmefähigkeit schwer belasten und die ungeheuren Schwierigkeiten vergrößern, die mit der Umsiedlung von Millionen Deutschen entstehen. ...

Wir sollten uns nachdrücklich den Bestrebungen widersetzen, die polnische Grenze bis an die Oder-Linie oder an die Oder-Neiße-Linie vorzuschieben.<<

Am 1. Februar 1945 wurde Churchill durch Außenminister Eden über die Besprechung mit US-Außenminister Stettinius informiert (x028/102): >>... Die Abtretungen, auf die wir uns mit den Amerikanern geeinigt haben, (würde) die Umsiedlung von 2,5 Millionen Deutschen bedeuten.<<

Ferner meinte Stettinius, "daß die Ausdehnung Polens an die Oder ohne Breslau und Stettin weitere zweieinhalb Millionen, eine Grenze an der westlichen Neiße mit Breslau und Stettin dazu noch dreieinviertel Millionen Menschen betreffen würde" (x028/102).

Boleslaw Bierut teilte am 5. Februar 1945 in Warschau mit, daß die polnische Regierung in den deutschen Reichsgebieten ostwärts der Oder-Neiße-Linie die Zivilverwaltung übernom-

men hätte (x039/228).

Stalin verlangte am 6. Februar 1945 aus strategischen Gründen Ostpolen und für Polen die Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße sowie Stettin (x039/228).

US-Präsident Roosevelt widersetzte sich am 8. Februar 1945 der polnischen Gebietsforderung (polnische Westgrenze = Lausitzer Neiße). Er hielt jedoch die Oder-Linie für tragbar. Churchill schloß sich dieser Auffassung an und sprach sich für die Umsiedlung aller Deutschen aus diesen Gebieten aus (x039/228).

Das britische Kriegskabinett erhob am 9. Februar 1945 telegrafisch Einwendungen gegen die Festlegung der polnischen Westgrenze an der Görlitzer Neiße (x039/228).

In London bezeichnete die moskaufindliche polnische Exilregierung die "Jalta-Beschlüsse" am 13. Februar 1945 als "5. Teilung Polens" (x040/265).

Im Londoner und Moskauer Rundfunk verbreitete man am 26. Februar 1945 einen Aufruf der "Tschechischen Nationalen Front" (x004/51): >>Greift die verfluchten Deutschen an und erschlagt die Okkupanten, bestraft die Verräter, bringt die Feiglinge und die Schädlinge des nationalen Kampfes zum Schweigen. ...<<

Churchill stellte am 27. Februar 1945 während einer Debatte des britischen Unterhauses fest (x028/77, x039/228): >>Die 3 Mächte haben sich jetzt geeinigt, daß Polen beträchtlichen Landzuwachs sowohl im Norden wie im Westen erhalten soll.

Im Norden wird es sicherlich anstelle des gefährdeten Korridors die Großstadt Danzig, den größeren Teil Ostpreußens westlich und südlich Königsbergs erhalten, dazu einen langen, breiten Küstenstreifen an der Ostsee.

Im Westen wird es die wichtige Industrieprovinz Oberschlesien bekommen, dazu die Gebiete östlich der Oder, die bei der Friedensregelung vielleicht von Deutschland abgetrennt werden ...<<

>>... Wir haben nicht zu befürchten, daß die Aufgabe, diese neue Grenze zu halten, für Polen zu schwer sein wird. Ich habe selten eine Angelegenheit gesehen, die ich mit größerer Zuversicht dem gesunden Urteil der Abgeordneten anempfehlen könnte. ...<<

Das "Polnische Komitee der Nationalen Befreiung" erließ am 28. Februar 1945 ein Dekret über den Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft (x003/37-39). Gemäß Dekret vom 28. Februar 1945 über den "Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Volksgemeinschaft" wurde z.B. der Besuch von deutschen Schulen, Gebrauch der deutschen Sprache oder Wehrpaßbesitz als Volksverrat eingestuft (x003/34-39). Folgen bzw. Strafen dieser "Ausscheidung" aus der polnischen Volksgemeinschaft waren: Enteignung, Zwangsarbeit, Verlust aller bürgerlichen und öffentlichen Rechte, Inhaftierung und später schließlich die Aus- bzw. Vertreibung. Im polnischen Staatsgebiet von 1919/39 wurden damals fast alle zurückgebliebenen Volksdeutschen interniert, enteignet und zur Zwangsarbeit herangezogen (x039/228).

Am 1. März 1945 diskutierte man im britischen Unterhaus kontrovers über das Schicksal der Ostdeutschen.

Der Vorsitzende der britischen Labourpartei, Clement Attlee, begründete die "Jalta-Beschlüsse" wie folgt (x028/38,202): >>Die Deutschen haben die alten Schranken eingerissen, und deshalb sage ich, daß sie sich nicht auf das alte Europa berufen können. Falls sie sich fügen, falls sie wiedergutmachen müssen, haben sie kein Recht, die Grundlage der Moralgesetze zu beschwören, die sie selbst nicht beachtet haben, oder auf Mitleid und Gnade zu rechnen, die sie niemals anderen zuteilwerden ließen. ...<<

>>... Die Umschichtung der Bevölkerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt mag sehr, sehr schmerzlich sein, aber vielleicht ist sie weitaus besser als ein lang hinausgezögertes Leiden einer Bevölkerung unter Menschen, die sie hassen.<<

Der britische Abgeordnete Strauß warnte damals vor den Folgen dieser völkerrechtswidrigen

Vertreibung (x028/77): >>... Wir erfahren durch den Premierminister, daß einige Teile Deutschlands, bestimmt aber Oberschlesien, an Polen übergehen. Ich hoffe, die Regierung wird sich Zeit lassen, bevor sie einem Vorschlag dieser Art zustimmt, der keinen Vorteil für irgendjemanden bringen kann, aber vielleicht außerordentlich gefährlich für die allgemeinen Aussichten auf einen dauerhaften europäischen Frieden ist.

Mit welcher Begründung wird ein solcher Vorschlag gemacht? Er soll Polen eine Entschädigung bieten. Doch die ganze Rechtfertigung der Curzon-Linie liegt darin, daß man sich 1919 in Versailles auf sie geeinigt hat. Aber nicht nur die Curzon-Linie, auch Polens Westgrenze wurde in Versailles gebilligt. War die eine gerecht, mußte es wohl auch die andere sein.<<

Der britische Abgeordnete Rhys-Davis beendete am 1. März 1945 seine unerbittliche Kritik mit folgenden Worten (x028/77-78): >>... Wenn die Politik der alliierten Mächte Danzig und Ostpreußen und andere Teile von Deutschland Polen geben will, um einen neuen Staat zu schaffen, weil Teile Polens andererseits Rußland gegeben werden, stellen sie sich dann auch nur einen Augenblick lang vor, daß sie damit einen dauerhaften Frieden in Europa schaffen? ...<<

>>... Wir haben diesen Krieg mit großen Motiven und hohen Idealen begonnen. Wir haben die Atlantik-Charta veröffentlicht, sie dann bespüren und auf ihr herumgetrampelt und sie schließlich auf dem Scheiterhaufen verbrannt, und nun ist nichts mehr von ihr übrig.<<

Die provisorische polnische Regierung errichtete am 14. März 1945 in den besetzten deutschen Ostprovinzen die neuen Verwaltungsbezirke bzw. Woiwodschaften Masuren, Pommern, Nieder- und Oberschlesien und sorgte frühzeitig für vollendete Tatsachen (x039/228). Die Nordamerikaner legten danach in Moskau zwar Protest ein, aber Stalin erwiderte beschwichtigend, daß diese Handlungen absolut nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten. Obwohl man in Warschau schon offiziell von den "Wiedergewonnenen Gebieten" sprach, gaben sich die Nordamerikaner mit Stalins Antwort zufrieden.

In Moskau erklärte Benesch am 17. März 1945 die Tschechoslowakei zum Nationalstaat ohne Minderheitenrechte (x039/228).

Nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen und Rumänien wurde Churchills Mißtrauen allmählich größer.

Churchill erklärte am 24. März 1945 (x044/34): >>... Es paßt mir gar nicht, Deutschland zu zerstückeln, bevor meine Zweifel an den russischen Absichten beseitigt sind.<<

Am 30. März 1945 wurde ein Dekret über die Bildung der Woiwodschaft Danzig beschlossen (x003/49).

Die US-Regierung forderte Stalin am 6. April 1945 noch einmal auf, den Status der russisch besetzten Gebiete in Ostpreußen, Danzig, Schlesien und in Pommern zu erläutern (x039/228).

Die nordamerikanische Regierung erhielt am 17. April 1945 folgende sowjetische Antwortnote (x039/228): >>... Es sind (in Ostdeutschland) keine Grenzregulierungen getroffen, nur örtliche polnische Verwaltungsstellen eingerichtet.<<

Stalin und Osobka-Morawski unterzeichneten am 22. April 1945 in Moskau einen sowjetisch-polnischen Beistands- und Freundschaftspakt (x040/279-280).

Osobka-Morawski kündigte am 3. Mai 1945 die Polonisierung der "Wiedergewonnenen alten polnischen Westgebiete" an (x064/164).

Die polnische Regierung beschloß am 6. Mai 1945 ein Gesetz über das verlassene und aufgegebene Vermögen der Deutschen (x003/65-68).

Die US-Regierung protestierte am 8. Mai 1945 wieder gegen die eigenmächtige Errichtung von polnischen Besatzungszonen (x001/109E): >>... In der amerikanischen Note vom 8. Mai 1945 wurde erklärt, daß die Warschauer Regierung in den ostdeutschen Gebieten bereits ihren vollständigen Staatsapparat errichtet und ihre Gesetze in Kraft gesetzt habe, daß ferner bereits eine Umsiedlung von Polen in diese Gebiete begonnen habe und offensichtlich eine noch wei-

tere Ausdehnung der polnischen Verwaltung in Ostdeutschland geplant sei. Diese Maßnahmen seien einseitige Handlungen ohne vorherige Beratung und verstießen gegen die Grundsätze, die in Jalta über die Kontrolle und Besetzung Deutschlands aufgestellt worden seien. ...<<

Stalin erwiderte daraufhin beschwichtigend, daß diese Maßnahmen nichts mit der endgültigen Grenzziehung zu tun hätten.

"Wilde Austreibung" und Vertreibung der Deutschen

"Wilde Austreibungen" der Ost- und Volksdeutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges
Der stellvertretende kommunistische Ministerpräsident Gottwald unterzeichnete am 11. Mai 1945 folgenden Aufruf der tschechoslowakischen Regierung (x004/70): >>Die neue Republik wird ein slawischer Staat, die Republik der Tschechen und Slowaken sein. Die Deutschen und Ungarn, die sich gegen unsere Völker und gegen die Republik so schwer vergangen haben, werden wir der Staatsbürgerschaft als verlustig betrachten und werden sie schwer bestrafen. Die Nationalausschüsse sollen damit sofort anfangen. Macht alle aktiven Nazisten unschädlich und beschlagnahmt ihr Vermögen zu Gunsten der Nation und des Staates. ...

Beschlagnahmt und gebt in die Nationalversammlung das Eigentum von Deutschen, Verrätern und Kollaboranten. ... Bereitet auf dem Lande die Konfiskation des Bodens vor, der dem fremden Adel, Deutschen, Verrätern und Kollaboranten gehörte. ...<<

Dr. Benesch, Chef der tschechischen Exilregierung, erklärte am 12. Mai 1945 vor der begeisterten Brüner Bevölkerung (x294/194): >>Mein Programm ist es - und ich verheimliche dies nicht -, daß wir die deutsche Frage in der Republik endgültig liquidieren müssen. ...<<

Der tschechische Unterrichtsminister Nejedly erläuterte am 12. Mai 1945 das neue Volksbildungsprogramm der Regierung (x004/95): >>Selbstverständlich werden alle deutschen Schulen geschlossen werden. ...<<

Ein Sprecher der tschechischen Armee verkündete am 14. Mai 1945 während der "Brüner Befreiungsaktion" (x004/105): >>... Unsere glorreiche Armee ist zu dem einzig möglichen Entschluß gekommen: die Republik als einen nationalen Staat der Tschechen und Slowaken aufzubauen. Wir werden von jenen Deutschen, die nicht in ein Gefängnis oder in ein Konzentrationslager gehen, verlangen, daß sie ihre Bündel packen und dorthin zurückgehen, woher sie gekommen sind.<<

Der polnische Bischof Adamski aus Kattowitz forderte am 15. Mai 1945 die Deutschen auf, Schlesien zu verlassen (x039/228).

Die Sowjets übergaben am 23. Mai 1945 den "Bezirk Masuren" im südlichen Teil Ostpreußens an Polen (x111/26).

Die polnische Regierung erließ am 24. Mai 1945 ein Dekret über die Verwaltung der "Wiedergewonnenen Gebiete" (x001/108E).

Informationsminister Kopecky berichtete am 25. Mai 1945 im Prager Rundfunk indirekt über die Austreibung von Sudetendeutschen (x004/105-106): >>Das tschechoslowakische Militär ist schon in Bereitschaft für die Säuberung des Grenzgebietes der Republik von Deutschen und Ungarn und für die Rückerstattung der Reichtümer dieser von altersher slawischen Gebiete in die Hände der Tschechen und Slowaken. ...<<

Der tschechische Informationsminister Kopecky erklärte am 29. Mai 1945 vor Kulturschaffenden in Prag (x004/88): >>Wir wollen unseren großen Sieg über die Deutschen zu einer gewaltigen nationalen Offensive ausnutzen, um das Grenzgebiet unseres Landes von den Deutschen zu säubern.

General Svoboda schickt seine Truppen und bewährte Partisaneneinheiten, um diese Gebiete von Deutschen zu säubern. Den Truppen werden tschechische Wirtschaftler, tschechische Arbeiter folgen. Mit ihnen werden tschechische Schulen, Theater, Filme, Zeitungen und Künstler

kommen. ...<<

In Brünn begann am 30. Mai 1945 die gewaltsame Austreibung von etwa 25.000 Deutschen. Der lange Marsch an die österreichische Grenze wurde für ungezählte Deutsche zum Todesmarsch.

Die nationalsozialistische Benesch-Partei veröffentlichte am 31. Mai 1945 die Broschüre "Wir und die Deutschen" (x004/71): >>Der Teufel spricht deutsch. Es gibt keine guten Deutschen, es gibt nur schlechte und noch schlimmere. Derjenige tschechische Vater, der seine Kinder nicht zum Haß gegen die deutsche Lügenkultur und Unmenschlichkeit erzieht, ist nicht nur ein schlechter Vaterlandsanhänger, sondern auch ein schlechter Vater. ... Wie kann man nur ein tschechisches Kind dazu erziehen, solche deutschen Mitmenschen zu lieben? ...

Das ganze deutsche Volk ist für Hitler, Himmler, Henlein und für Frank verantwortlich, und das ganze Volk muß auch die Strafen für die begangenen Verbrechen tragen. Jeder von uns müßte es als inhuman, unmenschlich betrachten, wenn die Deutschen ihrer totalen Bestrafung entgehen würden.<<

Tausende von geflüchteten Schlesiern verließen im Mai 1945 das Sudetenland, um in ihre Heimat zurückzukehren.

In Brünn wies Dr. Benesch im Mai 1945 nochmals darauf hin, daß man das sudetendeutsche Problem für "alle Zeiten" erledigen würde und daß die Liquidierung der Deutschen 100%ig sein müßte (x025/95).

Die britische Regierung forderte die Tschechen am 17. Juni 1945 auf, alle Austreibungsaktionen zu beenden und erklärte (x004/113): >>1. ... daß Großbritannien nicht seine Zustimmung zu einer Massendeportation der deutschen Minderheit gebe.

2. Auf alle Fälle der Ansicht sei, daß die Regelung dieser Frage nicht die Tschechoslowakei allein betreffe, sondern auch in den Wirkungsbereich der Kontrollmächte falle.<<

In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren. Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben.

In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.

Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewaltsam über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische mitteldeutsche Besatzungszone getrieben. Tausende von Ostdeutschen, die etwa 100-200 km von der Oder und Neiße entfernt lebten, wurden Ende Juni 1945 ohne vorherige Ankündigung durch polnische Miliz in "wildem Ausweisungen" nach Westen getrieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Neiße sammelten.

In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschenmassen in den letzten Junitagen und im Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durften.

Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der

Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien trieb man damals etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei "entfernt" wurden.

Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man vermutlich auf sowjetische Weisung erst unmittelbar vor Beginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.

Der Chef der polnischen Verwaltung in Schlesien ordnete im Juni 1945 die Entdeutschung der "wiedergewonnenen Gebiete" wie folgt an (x294/97): >>... Bis zum 15. Juli 1945 sind sämtliche Spuren des Deutschtums in diesen Gebieten zu tilgen. Insbesondere sind deutsche Aufschriften an Häusern, Geschäften, Lokalen, deutscher Wegweiser, Luftschutzschilder sowie sämtliche von der Besatzungsmacht hinterlassenen Bekanntmachungen zu entfernen.<<

Die SMAD stellte Stettin am 9. Juli 1945 unter polnische Verwaltung (x111/46).

Aufgrund der Potsdamer Beschlüsse trat am 1. August 1945 die polnische Verwaltung in den deutschen Ostgebieten und die ostpreußische Teilung in Kraft (x111/55).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die deutschen "Ostgebiete" (x051/434): >>Ostgebiete, nach 1945 Bezeichnung für die östlich der Oder-Neiße-Linie liegenden Gebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.37 - also nicht mit Sudetenland.

Aufgrund des Potsdamer Abkommens vom 2.8.45 wurden die Ostgebiete vorläufig, d.h. bis zur endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze in einem Friedensvertrag, polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 nicht annektiert, sondern nur besetzt, deshalb waren die Siegermächte gemäß Haager Landskriegsordnung nicht berechtigt, die deutschen Ostgebiete an Polen bzw. an die Sowjetunion abzutreten.

Der neue Oppositionsführer Churchill, ein ehemaliger Befürworter der Vertreibungspolitik, beklagte am 16. August 1945 vor dem britischen Unterhaus die Ausweisung der Deutschen aus dem "neuen Polen" und der CSR (x028/128,178): >>... Besonders beschäftigen mich in diesem Augenblick die Berichte, die uns über die Bedingungen zukommen, unter denen die Vertreibung und der Auszug der Deutschen aus dem neuen Polen durchgeführt werden. Vor dem Krieg lebten acht bis neun Millionen Menschen in diesen Gebieten. Die polnische Regierung sagt, von diesen befänden sich noch 1.500.000, die bisher nicht vertrieben wurden, innerhalb der neuen Grenzen. Andere Millionen müssen hinter den britischen und amerikanischen Linien Zuflucht genommen haben, wodurch sie die Lebensmittelknappheit in unserer Zone erhöhen.

Über eine riesige Anzahl fehlt jede Nachricht. Wohin haben sie sich gewandt, was war ihr Schicksal? Die gleichen Zustände können sich in veränderter Form bei der Ausweisung einer großen Anzahl Sudetendeutscher und anderer Deutscher aus der Tschechoslowakei wiederholen.

Spärliche und vorsichtige Berichte über die Dinge, die vor sich gingen und gehen, sind durchgesickert; es ist aber nicht ausgeschlossen, daß eine Tragödie ungeheuren Ausmaßes sich hinter dem Eisernen Vorhang, der Europa gegenwärtig entzweischneidet, abspielt. ...<<

>>... Ich muß meine persönliche Meinung zu Protokoll geben, daß die Polen zugestandene, provisorische Westgrenze, die ... ein Viertel des Ackerlandes ganz Europas umschließt, kein gutes Vorzeichen für die künftige Karte Europas ist. ...<<

Der Alliierte Kontrollrat stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/-737). Der Alliierte Kontrollrat setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106): Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

Noch ehe der Alliierte Kontrollrat am 20. November 1945 einen Verteilungs- bzw. Ausweisungsplan für die Übersiedlung der Deutschen bekanntgeben konnte, hatten die polnischen und tschechischen Behörden schon längst mehrere hunderttausend Deutsche über die Oder-Neiße-Linie getrieben. Die staatlichen Umsiedlungsorganisationen kümmerten sich gewöhnlich nicht um die Überwachung der zugesagten "humanen Umsiedlung", sondern man bemühte sich vor allem um die Beschlagnahme des deutschen Eigentums und überwachte die Sicherung des zurückgelassenen Besitzes der Deutschen. Die Zerstörung von Vermögensgegenständen durch die deutschen Eigentümer und Plünderungen wurden grundsätzlich mit aller Härte durch Standgerichte bestraft.

Im Verlauf der Potsdamer Konferenz hatte man zwar ausdrücklich festgelegt, daß die "Ausweisungen" in geordneter und humaner Weise durchgeführt werden sollten, aber obwohl die Vertreiberstaaten ständig versicherten, daß sie die Umsiedlungen vereinbarungsgemäß durchführen würden, hielt sich oftmals niemand an diese Zusagen.

Die schwersten Vertreibungsverbrechen ereigneten sich zwar bei den "wilden Austreibungen" vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens, aber auch im Verlauf der "planmäßigen Umsiedlungen" kam es zu zahllosen brutalen Mißhandlungen und völlig überflüssigen Gewalttaten. Diese Verbrechen wurden vielerorts von kriminellen Zivilisten, organisierten Banden und Eisenbahnern, aber auch sehr oft von Milizangehörigen, also von Hütern der öffentlichen Ordnung, begangen.

Die staatlich organisierte Aussiedlungsaktion der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas wurde mehrheitlich in den Jahren 1945 bis 1948 durchgeführt und endete zunächst im Jahre 1951.

In erster Linie wurden besonders lästige Elemente - arbeitsunfähige ältere Menschen, Behinderte, Kinder, unqualifizierte Arbeiter und bereits enteignete Deutsche - ausgesiedelt. Deutsche Spezialisten, die man z.B. in den Elektrizitäts-, Gas- oder Wasserwerken, in Krankenhäusern und in Fabriken benötigte, um die Produktion zu gewährleisten, wurden jahrelang von der Aussiedlungsaktion ausgeschlossen.

Im Winter 1945/46 wurden die Vertreibungstransporte unter besonders katastrophalen Umständen abgewickelt. Frauen, Kinder und alte Menschen wurden damals trotz eisiger Kälte ohne ausreichende Kleidung und Verpflegung in den Westen abgeschoben. Während der tagelangen Transporte in ungeheizten Viehwaggons erfroren oder verhungerten Tausende.

Diese Vertreibungskatastrophen wurden in der Nachkriegszeit kaum beachtet, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges waren nicht wenige Menschen hoffnungslos abgestumpft und verroht. In den gnadenlosen Kriegsjahren hatte man zu viel Elend und Leid gesehen oder persönlich erlebt.

Erst nachdem die Nordamerikaner und Briten im Jahre 1946 energischer gegen die unmenschlichen Transportbedingungen protestierten, wurde die Behandlung der deutschen Vertriebenen erträglicher und die Sterblichkeits- und Krankheitsrate sank beträchtlich.

Die Massenvertreibungen der Ost- und Volksdeutschen waren eindeutig "Verbrechen gegen die Menschlichkeit") und verstießen zweifelsfrei gegen das damalige Völkerrecht. Die Abma-

chungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und arglistig, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte.

Die Vertreibung bzw. "Umsiedlung" der Deutschen wurde von 1945-1951 in mehreren Etappen durchgeführt:

Polen und ehemalige deutsche Ostgebiete: 1945 = 650.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1946 = 2.000.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1947 = 500.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1948 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche, 1949 = 150.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche und 1950-1951 = 50.000 vertriebene Volks- und Ostdeutsche (x001/155E).

Böhmen und Mähren: 1945-1950 = 2.909.400 vertriebene Sudeten- und Karpatendeutsche (x004/135).

Ungarn: 1946-1948 = 200.000 vertriebene Volksdeutsche (x008/72E).

Bei der Volkszählung vom 13. September 1950, die etwa mit dem Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen zusammenfiel, wurden in der Bundesrepublik Deutschland 7.977.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene gezählt.

Nach Angaben des "Bundesausgleichsamtes hielten sich bis 1950 außerdem 400.000 reichs- und volksdeutsche Flüchtlinge bzw. Vertriebene in Österreich auf.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentsvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfäßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. In den Internierungslagern Ost-Mitteleuropas fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt. Der Andrang war sehr groß, denn man konnte die deutschen Arbeitssklaven für geringe Geldbeträge ausleihen. Obgleich die deutschen Häftlinge völlig unzureichend ernährt wurden, mußten sie täglich schwere Zwangsarbeiten verrichten. Wer Hunger, Krankheit, Kälte und sonstige Strapazen überlebte, kämpfte täglich verzweifelt, um die schwere Zwangsarbeit oder den harten Lageralltag zu überstehen. In den Zwangsarbeitslagern für Reichs- und Volksdeutsche wurden häufig die berüchtigten NS-Methoden imitiert. Durch die jahrelange Unterernährung und die unmenschlichen Haftstrapazen wurden Tausende von Reichs- und Volksdeutschen nicht nur physisch, sondern auch psychisch ruiniert.

Nach monatelanger, vielfach sogar jahrelanger Schreckenszeit, in der die rechtlosen Sklaven unglaubliche Schikanen, schwerste Mißhandlungen, Lagergreuel, harte Zwangsarbeit, Hunger, Krankheiten, Not und hoffnungslose Verelendung überstehen mußten, waren die meisten Ost- und Volksdeutschen sogar froh, als man sie bettelarm aus ihrer Heimat jagte.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/-136E-140E,143E-147E): >>Obwohl die Ausweisung der deutschen Bevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie nur die Endphase jener Ereignisse darstellt, die insgesamt die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung ausmachen, und obwohl sie für viele der Betroffenen geradezu das Ende eines unerträglichen Zustandes und die Erlösung von unsäglichen Verfolgungen und Leiden heraufführte, ist sie das eigentliche Zentralereignis im Vertreibungsschicksal der Ostdeutschen.

Alle vorhergegangenen Ereignisse werden - wie am Phänomen der Flucht bereits dargelegt wurde - ja nur deshalb zum Gesamtprozeß der Vertreibung gehörig betrachtet, weil sie am Ende alle in die Ausweisung mündeten. Entweder waren sie, wie die Verfolgungen und Diskriminierungen unter russischer und polnischer Herrschaft, der Ausweisung unmittelbar vorgegangen und hatten teils bewußt auf sie hingeeilt, oder sie erhielten, wie die Flucht vor der Roten Armee, erst durch den Beschluß der Ausweisung den Charakter gewaltsamer Vertreibung.

Der Beschluß der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung, der aus den Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und den Vertretern Polens gewissermaßen als ein Nebenergebnis hervorgegangen war, wird durch die Lawine von Ereignissen, die er auslöste, für den rückschauenden Betrachter zu einer der folgenreichsten Maßnahmen, die am Ende des Krieges getroffen worden sind. Aus den Bemühungen, den Ansprüchen Sowjetrußlands auf Ostpolen Genüge zu tun, und dort gleichzeitig ein starkes Polen zu schaffen und dessen Gebietsverlust im Osten durch einen erheblichen Zuwachs im Norden und Westen auszugleichen, war die Idee der Oder-Neiße als polnische Westgrenze entstanden.

Wollte man aber diese Verlagerung des polnischen Staatsgebietes von Osten nach Westen für die Vertreter Polens überhaupt schmackhaft machen, so ergab sich die Notwendigkeit, für die polnische Bevölkerung aus dem Rußland überantworteten Gebieten östlich der Curzon-Linie neue Wohngebiete in Ostdeutschland zu schaffen. Dies aber machte, so argumentierte man mit erstaunlicher Logik weiter, hinwieder die Aussiedlung der ostdeutschen Bevölkerung nötig. Das Ganze erschien dann nur als harmloser und durchaus nicht unmenschlicher "Bevölkerungsaustausch" oder "Bevölkerungstransfer".

Die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung war so das Schlußglied einer langen Kette von Neuordnungen auf der politischen und ethnographischen Landkarte Ostmitteleuropas, die in Ostpolen ihren Anfang nahmen, aber allesamt auf der Voraussetzung der Übergabe Ostdeutschlands an Polen basierten. Es muß hinzugefügt werden, daß die Forderung der Annexion von Teilen Ostdeutschlands schon in der polnischen Kriegspolitik und Kriegspropaganda, unabhängig von der späteren Kompensationsidee, einen festen Programmpunkt bildete.

Sowohl die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die eine Abtrennung Ostdeutschlands bei gleichzeitiger Verpflanzung seiner Bevölkerung nach dem Westen für das verbleibende Restdeutschland und darüber hinaus für ganz Europa haben mußte, ebenso wie die humanitäre und rechtspolitische Seite dieser Aktionen sind in den Jahren 1943/44, als der Gedanke der Oder-Neiße-Linie und der Ausweisung sich zu einem Programm verfestigte, kaum bedacht worden, da die Niederrichtung des nationalsozialistischen Deutschland die Kriegspolitik der Alliierten ausschließlich bestimmte.

Die ohnehin in jedem Kriege festzustellende Erhitzung der Stimmungen steigerte sich unter den Gegnern Deutschlands im zweiten Weltkrieg durch die nationalsozialistischen Maßnahmen in den besetzten Gebieten und verstärkte die Neigung zu radikalen und unüberlegten Gewaltmaßnahmen. Nur daraus kann man es verstehen, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch die Westmächte sich zu einer Nachkriegspolitik bereithalten konnten, die die gewaltsame Aussiedlung von vielen Millionen Deutschen vorsah.

Wohl meldete noch vor Kriegsende auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 vor allem Churchill ernste Bedenken gegen ein solches Vorgehen an. Doch auch sie richteten sich nur gegen das übergroße Maß der polnischen Gebietsforderungen, nicht etwa prinzipiell gegen die Ausweisung als solche.

Im Prinzip war man sich unter den Gegnern Deutschlands über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden östlichen Teilen des Reiches schon seit Teheran einig. Man meinte sogar, auf diesem Wege gleichzeitig ein für allemal mit dem deutsch-polnischen Minderheitenproblem "reinen Tisch machen" zu können, das seit dem er-

sten Weltkrieg schon mehrfach Gegenstand internationaler Verhandlungen gewesen war und den Ausbruch des zweiten Weltkrieges mit ausgelöst hatte. ...

Der Umstand, daß die Abtretung beträchtlicher Teile Ostdeutschlands an Polen und die Ausweisung der in diesen Gebieten lebenden Deutschen spätestens seit Anfang 1944 von den Alliierten geplant und über dieses Vorhaben bereits Monate vor Kriegsende zwischen den Großen Drei grundsätzliche Einmütigkeit erzielt worden war, hat die seit Anfang Januar 1945 nach Ostdeutschland eindringende Rote Armee und die nachfolgenden polnischen Behörden von vornherein dazu bestimmt, der Ausweisung möglichst gründlich vorzuarbeiten, ehe diese selbst vollzogen werden konnte. Hatte doch Marschall Stalin schon in Jalta zur Beschwichtigung Churchills erklärt, daß nur wenige Deutsche zurückbleiben würden, wenn sowjetische Truppen nach Ostdeutschland vordrängen.

Daran wird deutlich, daß die Flucht der ostdeutschen Bevölkerung, ja möglicherweise ihre Forcierung durch ein entsprechend radikales Vorgehen der russischen Truppen bereits ganz bewußt in Hinsicht auf die spätere Ausweisung als eine begrüßenswerte Vorarbeit angesehen wurde, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch bei späteren sowjetischen Maßnahmen, wie der Deportation von Hunderttausenden ostdeutscher Zivilpersonen nach der Sowjet-Union, der Gesichtspunkt eine Rolle spielte, durch eine Verringerung der Anzahl der noch östlich der Oder und Neiße lebenden Deutschen die künftige Ausweisung zu erleichtern.

Noch näher liegt die Annahme solcher Bestrebungen bei der provisorischen polnischen Regierung, die bereits im Frühjahr 1945 durch ihre Behörden und Milizeinheiten weite Gebiete Ostdeutschlands verwaltete und in deren Namen schon im August 1944 im Zusammenhang mit der Frage der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung geäußert worden war, es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.

Auch in der auf der Potsdamer Konferenz von polnischer Seite vorgebrachten Versicherung, ein großer Teil der Deutschen werde die Gebiete jenseits der Oder und Neiße freiwillig verlassen, wenn diese dem polnischen Staat unterstellt würden, darf man mit gutem Grund den ungesagt gebliebenen Vorsatz der polnischen Regierung erkennen, alles irgend mögliche zu tun, um schon während der polnischen Verwaltung und vor der Ausweisung die Verminderung der ostdeutschen Bevölkerung in die Wege zu leiten und den Deutschen eine Behandlung widerfahren zu lassen, die ihren Willen, in der Heimat zu bleiben, sehr bald brechen würde.

Wie die vorangegangene Darstellung über das Schicksal der östlich der Oder und Neiße befindlichen deutschen Bevölkerung unter russischer und polnischer Herrschaft zu erkennen gibt, ist sowohl die Verminderung der Zahl der Deutschen als auch die Entfremdung ihrer Heimat in erschreckendem Umfang erreicht worden, noch ehe die Ausweisungen selbst begannen. Dabei tut es nur wenig zur Sache, ob dieses Ergebnis stets mit bewußtem Vorsatz oder ohne unmittelbare Absicht in erster Linie aus Rache und Vergeltungsmotiven, aus dem Streben nach Bereicherung oder aus anderen Gründen geschah.

Fest steht in jedem Falle, daß schon das Vorgehen der Roten Armee, das die panische Massenflucht der deutschen Ostbevölkerung bewirkte, eine Austreibung mit anderen Mitteln war und daß erst recht die zahllosen Übergriffe, Erniedrigungen und Gewalttaten, die die ostdeutsche Bevölkerung unter der Herrschaft von Russen und Polen über sich ergehen lassen mußte, der schließlichen Austreibung in jeder Weise vorgearbeitet haben.

Dies gilt insofern, als während dieser Zeit zahllose Deutsche zugrunde gingen, als die Mehrzahl der Überlebenden auf eine Stufe bloßen Vegetierens herabgedrückt wurde, als die innere Entfremdung von der Heimat durch Verlust des Eigentums, Entzug des Rechtsschutzes und der Existenzmöglichkeiten bei der großen Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung schon erreicht war, ehe mit der Ausweisung der letzte Schritt getan wurde.

Wie radikal diese Vorbereitung der Ausweisung während der Zeit der russisch-polnischen

Verwaltung jenseits der Oder-Neiße-Linie geschehen war, wird höchst eindrucksvoll belegt durch den sich aus vielen Berichten ergebenden Eindruck, daß der Akt der zwangsweisen Ausweisung oft von den Betroffenen gar nicht mehr als jener gewalttätige Eingriff empfunden wurde, der er doch war, weil schwerere und leidvollere Gewaltmaßnahmen vorhergegangen waren.

Die Einschüchterung und Niederdrückung der deutschen Bevölkerung waren so gründlich erreicht worden, daß die Ausweisung für sie bisweilen eine ganz andere Funktion erhielt: sie schien wenigstens im Augenblick die Möglichkeit zu bieten, ein Stück der verlorenen Heimat wiederzugewinnen, weil sie unter Deutsche nach Deutschland führte und in Lebensverhältnisse, die niemals schlechter sein konnten als das bisher Erlittene.

Für das Verständnis des Gesamtprozesses der Vertreibung ist es unerläßlich, diese Zusammenhänge in aller Deutlichkeit zu sehen und nicht etwa die Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung lediglich vom Verlauf der Ausweisungsaktionen her zu betrachten und zu beurteilen. ...<<

>>... Obwohl der Ausweisungsplan des Kontrollrats erst am 17. Oktober 1945 unterzeichnet wurde, sind schon im August und September durch lokale polnische Behörden, vor allem in Oberschlesien, zahlreiche Deutsche in Lagern zusammengefaßt und in geschlossenen Transporten nach der sowjetischen Besatzungszone befördert worden.

Im Oktober/November wurden diese Ausweisungen in vollem Maße auch auf Pommern und den Südtteil Ostpreußens sowie auf Teile der ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen ausgedehnt und wuchsen zu einer neuen Großaktion an. Teils wurde die Bevölkerung ganzer Orte, teils nur die Nichtarbeitsfähigen betroffen, sehr oft auch die bäuerlichen Grundbesitzer. Die Ausweisung dieser letzteren stand offensichtlich im engsten Zusammenhang mit der Ankunft polnischer Ansiedler.

In den Dörfern wird dieser Vorgang der Ausweisung der Bevölkerung sehr deutlich. Tage und Wochen nachdem die Polen die Höfe besetzt hatten, oft nachts oder in den frühen Morgenstunden, binnen einer halben Stunde oder nur zehn Minuten, wurden die Bauern plötzlich zum Verlassen ihrer Wohnungen gezwungen. Es war ihnen kaum möglich, außer der notwendigen Bekleidung noch irgend etwas Brauchbares mitzunehmen. Gepackte Koffer oder Rucksäcke mußten in der Wohnung oder auf dem Sammelplatz zurückgelassen werden, eine willkommene Beute mancher polnischer Neubauern oder der Dorfmitliz. Nur selten kam es vor, daß die Ausweisung Tage vorher angekündigt wurde.

In Oberschlesien vollzog sich die Ausweisung im Herbst 1945 meist in der Weise, daß die aus ihren Wohnungen Vertriebenen zunächst in Lagern gesammelt wurden, die sich in der Regel in den Kreisstädten befanden. Dort mußten sie in völlig überfüllten Baracken oder Fabrikräumen ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln Wochen und Monate vegetieren. Polen und Russen sortierten die noch Arbeitsfähigen aus. Alle übrigen wurden zu Transporten zusammengefaßt, zu 60-70 Personen in einen Güterwagen verladen und in einer Fahrt von meist mehr als zwei Wochen nach dem Westen abgeschoben.

Ähnlich war es auch in Pommern, wo die Bevölkerung meist in der Mitte der Ortschaften, mitunter sogar in der Kirche zusammengetrieben wurde. Von dort ging es im Fußmarsch zum nächsten Verladebahnhof, wo entweder geschlossene Transporte zusammengestellt oder einzelne Güterwagen an fahrplanmäßige Züge angehängt wurden.

Sammellager war ab Oktober 1945 das Grenzübergangslager Scheune bei Stettin, wohl das berüchtigste aller Vertriebenenlager, wo im Herbst 1945 und auch noch im Frühjahr 1946 Gewalttaten, Plünderungen und Willkürakte einzelner Polen und Milizangehöriger an der Tagesordnung waren.

Auch im südlichen Ostpreußen war es im wesentlichen das gleiche Bild: Plötzliche Ausweisungsbefehle, lange Elendsmärsche der Vertriebenen nach den Sammelstellen und Bahnhöfen,

Gepäckkontrollen und während der Bahnfahrt fortgesetzte Plünderungen durch ganze Scharen von Polen, die meist die langen Wartezeiten der Transportzüge auf den Bahnhöfen für ihre Zwecke ausnützten, teils sogar auf die fahrenden Züge sprangen und überall panikartige Angst hervorriefen. Auch zahlreiche Todesfälle ereigneten sich infolge der oft mehrere Wochen dauernden Transporte, die ohne Verpflegung und unter größten körperlichen Anstrengungen erfolgten.

Da für die Ausweisungen im Herbst 1945 noch keine interalliierten Abmachungen vorlagen, haben die Polen sich Mühe gegeben, sie als "freiwillige Ausreise" der deutschen Bevölkerung darzustellen. Diesem Zweck diente es auch, wenn vielerorts vor der Abfahrt der Transportzüge von jedem einzelnen der Ausgetriebenen eine in polnischer Sprache abgefaßte Erklärung unterschrieben werden mußte, die die Freiwilligkeit der Ausreise, die Übertragung des Besitzes an den polnischen Staat und den Verzicht auf die Rückkehr bescheinigte.

Obwohl die Anzahl derjenigen, die zur Aussiedlung bestimmt wurden, in den einzelnen Gebieten sehr verschieden gehandhabt wurde, teils auch geschlossene Ortschaften geräumt wurden, sind im Zuge der Ausweisungen im Herbst 1945 doch im allgemeinen bevorzugt die nicht arbeitsfähigen Personen, d.h. Alte, Kranke und Invaliden, Mütter mit mehreren Kindern ausgewiesen worden.

Diejenigen, die in russischen Diensten arbeiteten oder als Spezialisten unabkömmlich waren, wurden überwiegend vorläufig von der Austreibung zurückgestellt, auch wenn dies gegen ihren Willen geschah.

Nicht ausgewiesen wurden ferner die besonders in Oberschlesien, aber in geringerem Maße auch in Ostpreußen lebenden Personen, die zwar deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, sich aber auf Grund ihrer Abstammung und Sprache als Polen fühlten. Ihnen wurde Gelegenheit gegeben, die polnische Staatsbürgerschaft zu erwerben, und sie blieben auch von der Enteignung, der Zwangsarbeit und den sonstigen gegenüber der deutschen Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen verschont.

Da man polnischerseits die ostdeutschen Gebiete in der offiziellen Propaganda als "urpolnisches Land" bezeichnete, mußte man Wert darauf legen, die Meinung zu verbreiten, als hätte es in Ostdeutschland eine zahlreiche autochthone polnische Bevölkerung gegeben. Man war deshalb nicht damit zufrieden, daß nur eine relativ geringe Zahl von Einwohnern Oberschlesiens und Ostpreußens freiwillig für Polen optierte, sondern suchte teils durch Versprechungen und Drohungen, teils durch ausgesprochene Gewaltmaßnahmen vor allem die wasserpolnisch sprechenden Oberschlesier und die Masuren in Ostpreußen für Polen zu gewinnen.

Besonders diejenigen, die polnisch klingende Namen hatten, wurden zwangsweise zurückbehalten und von der Ausweisung ausgeschlossen. Manche Deutsche haben dem wiederholten Druck nachgegeben, indem sie die polnische Staatsbürgerschaft annahmen, viele andere weigern sich noch heute, dies zu tun.

Neben den systematischen Ausweisungsaktionen der polnischen Behörden setzte seit Sommer 1945 auch die Rückwanderung der als Bombenevakuierte nach Ostdeutschland verschlagenen ein, die meist bevorzugt Ausreisescheine erhielten. Ihnen schlossen sich auch manche einheimische Ostdeutsche an, denen das Übermaß der Verfolgungen, die Enteignung und Zwangsarbeit und die katastrophalen Lebensverhältnisse ein Bleiben unerträglich machten.

Da überall schon umfangreiche Zwangsausweisungen erfolgten, sank die Hoffnung der ostdeutschen Bevölkerung auf eine Wendung der Dinge und auf eine Annullierung des Potsdamer Abkommens allmählich. Es setzte deshalb im Herbst 1945 neben den geschlossenen Ausweisungen eine unkontrollierte Abwanderung ein.

Da für die deutsche Bevölkerung allgemein Arbeitszwang herrschte, war dies ein gefährliches Unterfangen, ganz abgesehen davon, daß immer dann, wenn die Polen von der Absicht der Ausreise Kenntnis erhielten, sich noch einmal die Wut von Milizianten und fanatischen polni-

schen Zivilisten an den Deutschen ausließ, wobei sich skandalöse Vorfälle ereignet haben. Noch im Sommer 1946 wurde z.B. im Landkreis Breslau auf öffentlichen Anschlägen vor der Ausreise auf eigene Initiative gewarnt. Dennoch ist es manchem Deutschen möglich gewesen, durch die selbständige Ausreise den fast regelmäßig mit der gewaltsamen Vertreibung verbundenen Schikanen und Gewalttaten zu entgehen.

In einigen Orten gelang es noch im Lande befindlichen deutschen Stellen, Pastoren oder Verwaltungsangestellten in polnischen Diensten, die Organisation der Aussiedlung in die Hand zu nehmen. Die Bevölkerung blieb dadurch zumindest in ihren Heimatorten vor den Willkürakten und Plünderungen bewahrt, von denen sonst die Ausweisungen in der Regel begleitet waren. Die deutschen Leiter der Aktion stellten Listen auf und benachrichtigten jeden einzelnen rechtzeitig.

Die Übergabe des Eigentums, das Unterschreiben der Verzichtserklärung und alle anderen Formalitäten konnten in Ruhe durchgeführt werden. Außerdem wurde vermieden, daß die Ausgewiesenen tage- und wochenlang in den Auffangstellen auf die Zusammenstellung der Transporte warten mußten. Auch russische Soldaten und Kommandanturen haben mitunter, indem sie Militärfahrzeuge zur Verfügung stellten und Deutsche bis an die Oder-Neiße-Grenze fuhren, helfend dazu beigetragen, daß die Vertriebenen den Schikanen der polnischen Austreibungskommandos entgingen.

Die im Herbst 1945, vor allem in den Monaten Oktober und November, in Ostpommern, Oberschlesien, im Südteil Ostpreußens und auch in Danzig und Teilen Westpreußens in Gang gekommene Ausweisung der deutschen Bevölkerung bzw. ihre Abwanderung auf Grund des unerträglichen Druckes der Verhältnisse und der sicher bevorstehenden Zwangsvertreibung wurde, nachdem sie infolge des Winters im Dezember 1945 und im Januar/Februar 1946 stark abgeebbt war, im Frühjahr 1946 in verstärktem Maße fortgesetzt und dauerte ohne Unterbrechungen bis zum Spätherbst 1946 an. ...<<